

*Das Parteienwesen Österreich-Ungarns. Hrsg. v. Gábor Erdődy.*

Akadémiai Kiadó, Budapest 1987, 145 S.

*Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit. Hrsg. v. Anna M. Drabek, Richard G. Plaschka und Helmut Rumpler.*

Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1990, IX + 230 S.

Die Geschichte von Parteien, Demokratie, Parlamenten und politischen Systemen zu erforschen, gehört nicht gerade zu den beliebtesten Themen der Historiographien

in den habsburgischen Nachfolgestaaten. Aus diesem Grund ist es sehr verdienstvoll, daß die gemeinsame österreichisch-ungarische Historikerkommission in zwei Tagungen (1983 in Budapest und 1985 in Wien) die Parteiengeschichte Österreichs und Ungarns zwischen 1867 und 1918 sowie zwischen 1918 und 1938 bzw. 1944 komparativ behandelte. Die Mehrzahl der Referate wurde veröffentlicht und liegt nun in zwei Sammelbänden vor. Beide folgen einem ähnlichen Schema. Zuerst werden allgemein Parlamentarismus, politisches System und das Demokratieverständnis in beiden Ländern behandelt, dann einzelne politische Bewegungen untersucht, und den Schluß bilden Beiträge zu speziellen Aspekten. In der Regel stehen sich zu jedem Themenkomplex zwei Referate gegenüber, wobei die österreichische bzw. zisleithanische Entwicklung von einem österreichischen Historiker, die ungarische bzw. transleithanische von einem ungarischen Fachmann dargestellt wird. Hinzu kommen komparative Betrachtungen. Über-Kreuz-Studien zur Entwicklung im jeweils anderen Land sind dagegen keine vertreten. Auch fehlen bis auf ein Personenregister im zweiten Band jegliche Hilfsmittel und Materialien. Sehr nützlich wäre es gewesen, wenn den Bänden Aufstellungen über die Regierungen, die Wahlergebnisse oder aber Parteienstammbäume, wie Lothar Höbelt es für das deutsch-nationale und deutsch-liberale Lager vor 1914 unternahm, für beide Länder gegenübergestellt angefügt worden wären.

Der Band über die Habsburgermonarchie aus dem Jahre 1987 beginnt mit systematischen und sachlich nüchternen Analysen des Parlamentarismus und der Parteiensysteme in den jeweiligen Reichshälften (Wilhelm Brauneder, Béla Sarlós), die den Parteien eine wesentliche Rolle bei der Modernisierung des politischen Systems zusprechen. Friedrich Gottas belegt die Schwäche des Liberalismus in seinem vergleichenden – die strukturellen Unterschiede aber bewußt außer acht lassenden – chronologischen Abriss der liberalen Bewegungen in beiden Reichsteilen, wozu János Veliky Ergänzungen anfügt. Differenzierter geht Lothar Höbelt auf die Spielarten des Liberalismus in Österreich zwischen 1890 und 1914 ein und berührt dabei auch die deutschböhmische Entwicklung. Fragen der Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und des Austromarxismus werden von Tibor Erényi und Helmut Konrad knapp, aber unter verschiedenen Gesichtspunkten skizziert, wobei auf zahlreiche Forschungsdefizite dieses populären Themas hingewiesen, die tschechische Sozialdemokratie jedoch fast nicht erwähnt wird. Das österreichische Gegenstück zu dem Referat von Dániel Szabó über den politischen Katholizismus in Ungarn, das die starke Beeinflussung durch parallele Organisationen aus dem Deutschen Reich betont, fehlt. Die Bedeutung von Wechselwirkungen der inneren politischen Entwicklungen in den beiden Reichshälften demonstriert Éva Madaras an der Wiener Bürgermeisterkrise von 1895–1897, die nicht nur das ungarisch-österreichische Verhältnis belastete, sondern vor allem die ungarischen Liberalen zu Reaktionen herausforderte.

Stärker komparativ angelegt sind die Beiträge im zweiten Band zur politischen Entwicklung der beiden Verlierer unter den Nachfolgestaaten. Unterschiede werden deutlich, so beim gefestigteren Parteiensystem und dem höheren Organisationsniveau der Parteien in Österreich, bei dem sich stets wandelnden Konglomerat, das jeweils die ungarische Regierungspartei bildete, besonders eindringlich aber in der Geschichte der Sozialdemokratie (1919 in Österreich Regierungspartei, in Ungarn verfolgt; in den dreißiger Jahren in Österreich verboten, in Ungarn weiter wichtige legale Opposi-

tionspartei). Trotz allem hatten die Regierungen, Parlamente, Parteien und Gesellschaften aber in beiden Staaten doch ähnliche Probleme zu bewältigen.

Der parlamentarischen Praxis und dem Demokratieverständnis der führenden politischen Gruppen und Personen gehen äußerst anregend Helmut Rumpler und Ignác Romsics nach, während Miklós Stier in seinem Vergleich der Analogien und Divergenzen der beiden politischen Systeme eher traditionelle Sichtweisen referiert. Gegenüber gestellt werden anschließend wichtige politische Gruppen in beiden Staaten: Die christlichsozialen Bewegungen (Ernst Hanisch, Jenő Gergely), die sozialdemokratischen Parteien zusammen mit den ungarischen liberalen Oppositionsparteien (Helmut Konrad, Péter Sipos) sowie die Großdeutsche Volkspartei (Isabella Ackerl) und die ungarische rechtsextreme Opposition (Lóránt Tilkovsky), so daß die faschistischen und nationalsozialistischen Gruppierungen für Ungarn ausführlicher behandelt werden als für Österreich. Abschließend werden die Stellungnahmen der österreichischen Parteien zur Außenpolitik (Siegfried Beer) und Wirtschaftspolitik (Karl Bachinger) dargestellt und die Rolle Europas, speziell der Paneuropa-Bewegung, in Ungarn (Emma Kövics) behandelt. Während die meisten ungarischen Beiträge bis 1940 reichen und einen Ausblick bis Kriegsende geben, neigen die österreichischen Autoren leider dazu, spätestens 1934 abzubrechen.

Auch wenn der zweite Band sehr viel dichter ist und die Probleme im Schnitt auf höherem Niveau analysiert, bleiben in beiden Bänden nicht nur Lücken, sondern eine ganze Reihe von Themenfeldern ausgespart, vor allem wahl- und sozialgeschichtliche Aspekte oder Abstimmungen und Meinungsbildung in Parteien und Fraktionen. Strukturanalysen oder gründliche Detailstudien zu einzelnen Parteien enthalten beide Bände nicht, hervorgehoben werden muß aber die systematische und methodisch weiterführende Arbeit von Hanisch über die österreichischen Christlichsozialen im zweiten Band. Der Bezug zur Gesamtgesellschaft wird nur in den Beiträgen von Rumpler und Hanisch klar herausgearbeitet. Die Fähigkeit der Parteien zur Lösung von Problemen wurde gerade in der weitgehend in politische Lager segmentierten österreichischen Bevölkerung bezweifelt. Eine durch Parteien geprägte Gesellschaft sah in den Parteien die Ursachen allen Übels, das Hindernis für die Überwindung aller Krisen und Schwierigkeiten.

Insgesamt steht die Erforschung der Parteien Österreich-Ungarns und der Nachbarstaaten aber erst am Anfang, was nicht nur die geringe Zahl von einschlägigen Titeln, die in den Anmerkungen der neun Beiträge des älteren Sammelbandes aufgeführt sind, belegt. Auch wenn die Situation für die Zwischenkriegszeit etwas besser ist, so gibt doch die banale Tatsache, daß bis heute keine Mitgliederzahlen für die österreichische Christlichsoziale Partei in der Ersten Republik und noch weniger für viele ungarische Parteien bekannt sind, bereits einen Anhaltspunkt, wie viel noch zu erforschen ist. Die ungarischen Beiträge, die heute vermutlich teilweise mit anderen Formulierungen geschrieben worden wären, zeigen, daß schon 1985 unter ungarischen Historikern beispielsweise die Einschätzung Horthys oder Gömbös' und die Bewertung des ungarischen Regierungssystems der gesamten Zwischenkriegszeit kontrovers diskutiert wurden. Für sichere Aussagen bedarf es aber allgemein noch der weiteren Erschließung und Neuinterpretation einer Reihe archivalischer Quellen und der zeitgenössischen Publizistik.

Die schlechte Forschungslage gilt auch für die Parteien aller anderen habsburgischen Nationalitäten (Tschechen, Südslawen, Polen, Ukrainer, Rumänen oder Italiener), die trotz ihrer Rolle in der Habsburgermonarchie bis 1918 bzw. in Ungarn bis 1944 in beiden Sammelbänden keine Berücksichtigung finden. Fragen des Demokratieverständnisses, der parlamentarischen und politischen Kultur und Traditionen oder nach der Tragfähigkeit demokratisch-parlamentarischer Regierungsformen im Donauraum sind durch die Veränderungen der letzten Jahre wieder aktueller geworden und betreffen in besonderem Maße auch die Tschechoslowakei, wo die Forschung immer noch stärker als in Österreich oder Ungarn die einzelnen Politiker (Masaryk, Beneš, Švehla, Šmeral u. a.) in den Mittelpunkt stellt.

Aus diesen Gründen geben beide Bände nicht nur Anregungen für weitere politikgeschichtliche Forschungen in Österreich und Ungarn, sondern vor allem auch für die tschechische Wissenschaft. Die angesprochenen Fragestellungen und Vergleiche sollten für die Partei- und Parlamentsgeschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei nutzbar gemacht werden. Interessant wäre beispielsweise vor dem Hintergrund des begonnenen Vergleichs der österreichischen und ungarischen Entwicklung eine komparative Untersuchung der tschechischen und slowakischen Parteien und politischen Strukturen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Notwendig ist aber vor allem auch, daß eine intensivere national und methodisch grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Historikern, Soziologen und Politologen aller mittel- und ostmitteleuropäischen Staaten, um die bis heute nachwirkenden (partei)politischen Traditionen und Unterschiede in der Habsburgermonarchie und in den Nachfolgestaaten aufzuarbeiten.